Allgemeine Vertragsbedingungen für den Kauf von Dienstleistungen und freiberuflichen Leistungen

§ 1 Allgemeine Vorschriften

- (1) Diese Allgemeinen Vertragsbedingungen für Dienstleistungen und freiberufliche Leistungen (nachstehend „Dienstleistungsbedingungen“) gelten, soweit nicht zwischen der Universität Stuttgart (nachstehend AG genannt) und dem Auftragnehmer (nachstehend AN genannt) schriftlich etwas anderes vereinbart wird, für alle vom AG in Auftrag gegebenen Dienstleistungen und freiberufliche Leistungen.
- (2) Durch Abgabe eines Angebotes, durch Auftragsbestätigung, durch Annahme oder Ausführung einer Bestellung unterwirft sich der AN diesen Allgemeinen Bedingungen, sofern der AG ihm diese im Zusammenhang mit einer Ausschreibung, einer Anfrage oder einer Bestellung mitgeteilt oder auf andere Weise dergestalt allgemein bekannt gemacht hat, dass er mit ihrer Anwendung rechnen musste. Entgegenstehende, zusätzliche oder von diesen Dienstleistungsbedingungen abweichende Bedingungen des AN werden nicht Vertragsinhalt, es sei denn, der AG hätte ihrer Geltung schriftlich zugestimmt. Diese Dienstleistungsbedingungen gelten auch dann, wenn der AG eine Leistung des AN in Kenntnis seiner entgegenstehenden, zusätzlichen oder abweichenden Bedingungen vorbehaltlos annimmt.
- (3) Im Übrigen gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).
- (4) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Dienstleistungsbedingungen aus irgendetwelchen Gründen nicht zur Anwendung kommen können, so bleiben die übrigen Bestimmungen davon unberührt.
- (5) Rechte, die dem AG nach den gesetzlichen Vorschriften oder nach sonstigen Vereinbarungen über diese Dienstleistungsbedingungen hinaus zustehen, bleiben unberührt.

§ 2 Allgemeine Pflichten des ANs

- (1) Die Leistungen müssen dem Stand der Technik entsprechen. Soweit der AN im Pflichtenkreis des AGs tätig ist, muss die Leistung auch dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, den vergaberechtlichen Bestimmungen, den haushaltsrechtlichen Bestimmungen und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen sowie den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Der AN hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob eine Änderung des technischen Regelwerks absehbar und zu berücksichtigen ist.
- (2) Es sind die in Deutschland geltenden Standards anzuwenden. Andere Standards dürfen nur verwendet werden, wenn in deutscher Sprache die gleich- oder Höherwertigkeit nachgewiesen wurde und sie bei Ingenieur- und Architektenleistungen bauaufsichtlichen Regelungen nicht widersprechen.
- (3) Die Leistung ist in allen ihren Bestandteilen in deutscher Sprache zu erbringen.
- (4) Der AN hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seinen Leistungen öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen. Etwaige Forderungen von Dritten, insbesondere von Trägern öffentlicher Belange, hat der AN unverzüglich dem AG schriftlich mitzuteilen.
- (5) Der AN wird den AG auf relevante Veränderungen des Standes der Technik hinweisen, wenn diese für den AN erkennbar maßgeblichen Einfluss auf die Art der Erbringung der vertraglichen Leistungen haben.
- (6) Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei unveränderter Aufgabenstellung und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung.
- (7) Wird erkennbar, dass ein vorgegebener Kostenrahmen für das zu planende Werk nicht ausreicht, so hat der AN den AG über die voraussichtlichen Mehrkosten unverzüglich zu unterrichten und mögliche Einsparungen aufzuzeigen.
- (8) Der AN darf ihm übertragene Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AGs an einen vorher zu benennenden Dritten weitergeben.
- (9) Die Haftung des ANs für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch Anerkennung oder Zustimmung des AGs nicht eingeschränkt.
- (10) Der AN hat etwaige Unterbrechungen oder Behinderungen der Ausführung dem AG unverzüglich schriftlich anzuzeigen und zu begründen.

§ 3 Vertretungen des AGs durch den AN

- (1) Der AN ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des AGs im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Er hat den AG unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche Dritter für oder gegen den AG ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem AG.
- (2) Den AG bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen, darf der AN ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG nicht abgeben. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.
- (3) Der AN darf Dritten ohne Einwilligung des AGs keine Unterlagen aushändigen und keine Auskünfte erteilen, die sich auf seine Leistungen sowie die Maßnahme insgesamt beziehen.

§ 4 Auskunftspflicht des AN

Der AN hat dem AG innerhalb der jeweils geltenden Verjährungsfristen für Mängelansprüche auf Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung Auskunft zu erteilen.

§ 5 Herausgabeanspruch des AG

Die vom AN zur Erfüllung des Vertrages angefertigten Unterlagen, wie z.B. Pläne oder Zeichnungen als Transparentpausen, und digitale Datenträger sind, sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, an den AG ohne gesonderte Vergütung herauszugeben; sie gehen in das Eigentum des AGs über. Die dem AN überlassenen Unterlagen sind dem AG spätestens nach Erfüllung des Auftrages zurückzugeben. Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen, mit Ausnahme von Kopien für Archivierungszwecke in Erfüllung zwingender gesetzlicher oder berufsständischer Vorschriften.

§ 6 Urheberrechte, Nutzungsrechte und Erfindungen

- (1) Der AN räumt dem AG das ausschließliche, übertragbare, zeitlich, räumlich und inhaltlich unwiderrufliche, unkündbare Recht ein, alle Leistungen des AN im Original oder in abgeänderter, bearbeiteter oder umgestalteter Form zu nutzen, unbegrenzt zu vervielfältigen, zu veröffentlichen, zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben und zugänglich zu machen. Von der Rechteinräumung umfasst sind auch derzeit noch unbekanntete Nutzungsarten.
- (2) Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN im Zusammenhang mit der Übertragung der Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an den im Rahmen des Vertragsverhältnisses erbrachten Leistungen abgegolten.
- (3) Räumlich erfolgt die Nutzungsrechteinräumung für Deutschland (einschließlich grenzüberschreitender Maßnahmen in unmittelbare Nachbarstaaten Deutschlands hinein).
- (4) Inhaltlich erstreckt sich die Nutzungsrechteinräumung auf die vollständige oder nur teilweise Nutzung und auf Vervielfältigung, Verbreitung und/oder öffentliche Wiedergabe (z.B. Vortrag, Vorführung, öffentliche Zugänglichmachung auf Abruf von Orten und zu Zeiten nach Wahl des Nutzers, Sendung einschließlich Weitersendung, Wiedergabe durch Bild- und/oder Tonträger, Wiedergabe von Funksendungen und von öffentlicher Zugänglichmachung) in jeder Form und insbesondere auf folgende Nutzungsarten:
 - a) Beliebig häufige Ausführung der im Vertrag genannten Maßnahme, auch durch beliebig häufige Wiederausführung.
 - b) die bei Auftragserteilung unbekannteten Nutzungsarten.
- (5) Eingeschlossen ist weiter im Hinblick auf alle vorgenannten Nutzungsrechte
 - a) das Recht zur Bearbeitung oder sonstiger Umgestaltung der Leistungen, insbesondere der Unterlagen und/oder der im Vertrag genannten Maßnahme. Dieses Recht umfasst Bearbeitungen und deren Nutzung, die zur vertragsgegenständlichen Nutzung erforderlich sind und die geistige Eigenart des Beitrags wahren.
 - b) eine Bearbeitung und deren Nutzung im Wege der einmalig wiederholten Maßnahme bis hin zur regelmäßigen Wiederholung der Maßnahme bei Standardisierung.
 - c) eine Bearbeitung und deren Nutzung im Wege der Öffentlichkeitsarbeit, Information, Archivierung, Schulung, Prüfung oder Fortbildung.

Mithin ist der AG frei darin, die zu erbringenden Leistungen, z.B. die Unterlagen und/oder die im Vertrag genannte Maßnahme später selbst oder durch Dritte erneut beliebig häufig zu bearbeiten, ohne den AN einzuschalten.

- (6) Die Nutzung der zu erbringenden Leistungen, z.B. der zu liefernden Unterlagen und/oder des ausgeführten Werks in dem in diesem Paragraphen bezeichneten Umfang darf auch ohne Abnahme, z.B. bei Mangelhaftigkeit, erfolgen, soweit der AN vergütet wurde.
- (7) Der AN sichert zu, dass der AN selbst und allein berechtigt ist, über die vertragsgegenständlichen Rechte zu verfügen und dass der AN bisher keine den Nutzungsrechteinräumungen dieses Vertrages entgegenstehenden Verfügungen getroffen hat. Der AN sichert zu außerdem, dass alle eventuell erforderlichen Zustimmungen Dritter, insbesondere der Urheber zu Weitergabe der Nutzungsrechte (§§ 34, 35 UrhG), eingeholt sind.
- (8) Der AN versichert, dass seine Leistungen nicht Urheberrechte oder sonstige Rechte Dritter verletzen.
- (9) Der AN stellt den AG daher (s. Abs. 7 und 8) von sämtlichen berechtigten Ansprüchen Dritter frei, die diese gegenüber dem AG und/oder anderen berechtigten Nutzern und/oder deren Mitarbeitern aus etwaig bestehenden besseren Rechten geltend machen, sofern den AN kein Verschulden trifft. Die dem AG diesbezüglich etwaig entstehenden Kosten einer angemessenen Rechtsverteidigung und -verfolgung gegenüber den Dritten gehen zu Lasten des AN. Weitergehende Ansprüche des AG gegen den AN bleiben unberührt.
- (10) Der AN darf die zur Verfügung gestellten Informationen und Unterlagen des AG sowie sämtliche Auftragsergebnisse nur im Rahmen des Auftragsgegenstandes nutzen. Jegliche anderweitige Nutzung ist untersagt.
- (11) Sämtliche Rechte an möglichen Allein- oder Gemeinschaftserfindungen des AN, welche im Auftragsverhältnis entstehen, sind – soweit gesetzlich zulässig – dem AG zu übertragen. Eine etwaige Vergütung hierfür ist bereits mit der Auftragsvergütung abgegolten.

§ 7 Rechnung, Zahlungen

- (1) Der AN hat die prüffähige Rechnung unter Angabe von Auftragsnummer, Leistungsanschrift und Zeit der Leistung einzureichen. Rechnungen sind mit den Einheitspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen. Die gesetzliche Umsatzsteuer wird in der Rechnung in der am Tage der Rechnungsstellung geltenden gesetzlichen Höhe gesondert ausgewiesen. Für jeden Auftrag ist eine gesonderte Rechnung auszustellen.
- (2) Die Bezahlung erfolgt nach Annahme der Liefergegenstände und Erhalt der Rechnung innerhalb von 30 Tagen netto. Maßgebend für die Rechtzeitigkeit von Zahlungen ist der Zugang des Überweisungsauftrages beim Zahlungsinstitut des AGs.
- (3) Zahlungen der Universität an den Auftragnehmer vor Erhalt des Gegenstandes/der Dienstleistung sind nach der Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg (§56 LHO) grundsätzlich verboten. Ist eine Vorleistung im Ausnahmefall erforderlich, weil der Gegenstand/die Dienstleistung ansonsten nicht beschafft werden könnte, so muss die Vorleistung mittels einer selbstschuldnerische Bankbürgschaft (§§ 232, 1113 ff., 1191 ff. BGB) abgesichert werden.
- (4) Rechnungsstellung:
Der AN ist ab dem 01.01.2022 grundsätzlich verpflichtet, elektronische Rechnungen im Sinne der E-Rechnungsverordnung Baden-Württemberg (ERech-VOBW) auszustellen und zu übermitteln. Dies gilt nicht für Rechnungen bis zu einem Betrag von 1.000 Euro ohne Umsatzsteuer und für Lieferanten aus dem Nicht-EU-Ausland. Alle elektronische Rechnungen sind ausschließlich an die Zentrale Email Adresse rechnung@uni-stuttgart.de zu senden. Das Rechnungsdokument muss im Standard XRechnung oder einem anderen der Norm EN 16931 entsprechenden Format (ZUGFeRD) zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung gültigen Fassung erstellt werden. Eine Leitweg-ID im Feld Buyer-Reference (BT-10) ist nicht zwingend notwendig, weil die Universität Stuttgart einen direkten zentralen Rechnungsempfang besitzt. Nur übergangsweise ist die Rechnungsstellung per PDF an die Email Adresse rechnung@uni-stuttgart.de zulässig. Detaillierte Informationen sind einsehbar unter [Merkblatt-Hinweise für Lieferanten](#) Rechnungen in Papierform können sofern es sich um eine der o.g. Ausnahmen handelt an die zentrale Rechnungsanschrift der Universität Stuttgart verschickt werden.

§ 8 Abnahme und Verjährung

- (1) Ist gesetzlich oder vertraglich nichts anderes geregelt, sind zu erbringende Werkleistungen durch den AG förmlich abzunehmen, soweit nicht nach der Beschaffenheit des Werkes die Abnahme ausgeschlossen ist.
- (2) Die Abnahme erfolgt mit der schriftlichen Erklärung des AGs, dass die Leistung vertragsgemäß erbracht ist.
- (3) Die Ansprüche des AGs aus diesem Vertragsverhältnis verjähren bei Werkleistungen nach den gesetzlichen Vorschriften, sofern im Vertrag nichts anderes vereinbart ist. Soweit eine Abnahme vorgesehen ist, beginnt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche mit dem Zugang der Abnahmeerklärung.
- (4) Bei Dienstleistungen gelten die gesetzlichen Regelungen.

§ 9 Haftung des AG

- (1) Für Schäden aus der Verletzung einer Garantie oder aus der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit haftet der AG unbeschränkt. Dasselbe gilt für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Für leichte Fahrlässigkeit haftet der AG nur, sofern wesentliche Pflichten verletzt werden, die sich aus der Natur des Vertrags ergeben und die für die Erreichung des Vertragszwecks von besonderer Bedeutung sind. Bei Verletzung solcher Pflichten, Verzug und Unmöglichkeit ist die Haftung des AG auf solche Schäden begrenzt, mit deren Entstehung im Rahmen des Vertrags typischerweise gerechnet werden muss.
- (2) Soweit die Haftung des AG ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung der Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen des AG.

§ 10 Geheimhaltung

- (1) Der AN ist verpflichtet, sämtliche ihm zugänglich werdenden Informationen des AG, die als vertraulich bezeichnet werden oder nach den sonstigen Umständen als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse erkennbar sind, unbefristet geheim und unter Verschluss zu halten und sie, soweit nicht für die Zusammenarbeit geboten, weder aufzuzeichnen noch weiterzugeben oder zu bewerten.
- (2) Die Geheimhaltungsverpflichtung entfällt, soweit die Informationen nach Absatz 1 nachweislich bereits vor Abschluss des Vertrags bekannt oder vor Abschluss des Vertrags allgemein bekannt oder allgemein zugänglich waren oder ohne Verschulden des AN allgemein bekannt oder zugänglich werden. Die Beweislast trägt der AN.
- (3) Der AN wird durch geeignete vertragliche Abreden mit den für ihn tätigen Arbeitnehmern und Beauftragten, insbesondere seinen freien Mitarbeitern und den für ihn tätigen Werkunternehmern sowie Dienstleistern, sicherstellen, dass auch diese jede Zuwiderhandlung gegen die Geheimhaltungspflicht nach Absatz 1 unterlassen.
- (4) Jegliche Veröffentlichung des AN zu oder über den Auftragsgegenstand bedarf der expliziten schriftlichen vorherigen Zustimmung des AG. Die Anfrage des AN bzgl. der Zustimmung des AG muss mindestens 10 Arbeitstage vor der beabsichtigten Veröffentlichung beim AG schriftlich eingehen.

§ 11 Arbeitsgemeinschaft

- (1) Sofern eine Arbeitsgemeinschaft AN ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied die Federführung. Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem AG gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem AG unwirksam.
- (2) Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.
- (3) Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den AG ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

§ 12 Meldung von Cyberangriffen beziehungsweise Sicherheitsvorfällen bei IT-Dienstleistungen

Der AN wird im Rahmen der vertraglichen Nebenpflichten den AG unverzüglich informieren, wenn er auf Basis konkreter Anhaltspunkte erkennt, dass eine in feindseliger Willensrichtung begangene Handlung betreffend die IT-Infrastruktur des AN oder des AG, zum Beispiel ein Cyberangriff, zu einem Schaden oder einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der schutzwürdigen Interessen des AG, seiner Kunden oder seiner Beschäftigten führt. Dies gilt entsprechend, wenn aufgrund einer derartigen Handlung ein Schaden oder eine schwerwiegende Beeinträchtigung bereits eingetreten ist. Unter den gleichen Voraussetzungen wird der AN den AG über anderweitige den AG betreffende Sicherheitsvorfälle in Kenntnis setzen. Die Meldung ist an cert@uni-stuttgart.de zu richten. Soweit berechnete Interessen nicht entgegenstehen, hat die Meldung insbesondere folgende Angaben zu umfassen:

- konkrete Beschreibung des Vorfalls;
- Zeitpunkt des Bekanntwerdens;
- den erkannten oder vermuteten Angriffsvektor;
- Erkenntnisse zu einer möglichen Kompromittierung von Daten der Landesverwaltung Baden-Württemberg oder der DV-Infrastruktur der Landesverwaltung Baden-Württemberg;
- ob es sich um einen meldepflichtigen Vorgang nach Artikel 33 der Datenschutz Grundverordnung handelt und ob eine Meldung an die/den zuständige/n Landesbeauftragte/n für Datenschutz und Informationsfreiheit erfolgt ist;
- ob das Landeskriminalamt oder sonstige (Strafverfolgungs-)Behörden informiert worden sind;
- die Benennung einer Ansprechperson des AN bezüglich des Vorfalls für den AG;
- die Art der Zugriffe der Mitarbeiterinnen beziehungsweise der Mitarbeiter des AN auf die DV-Infrastruktur der Landesverwaltung Baden-Württemberg. Der AN wird den AG erforderlichenfalls bei der Bearbeitung der Vorgänge und der Aufklärung des Sachverhalts zu unterstützen. Diese Benachrichtigung lässt anderweitige Meldepflichten insbesondere auch Melde- und Benachrichtigungspflichten nach Artikel 33 und Artikel 34 DSGVO unberührt. Der AG wird auf die berechtigten Interessen des Auftragnehmers bei der Bearbeitung des Vorgangs Rücksicht nehmen. Er erkennt insbesondere an, dass die Eindämmung des Vorfalls durch den AN Vorrang vor einer Meldung an den AG haben kann.

§ 13 Schlussbestimmungen

- (1) Der AN ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG berechtigt, Rechte und Pflichten auf Dritte zu übertragen oder eine Bestellung oder wesentliche Teile einer Bestellung durch Dritte ausführen zu lassen.
- (2) Gegenansprüche des AN berechtigen ihn nur dann zur Aufrechnung, wenn sie rechtskräftig festgestellt oder unstreitig sind. Ein Zurückbehaltungsrecht kann der AN nur geltend machen, wenn sein Gegenanspruch auf demselben Vertragsverhältnis beruht.
- (3) Für die Rechtsbeziehungen des AN zum AG gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (4) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus der Geschäftsbeziehung zwischen dem AN und dem AG ist Stuttgart. Schiedsklauseln sind widersprochen.
- (5) Erfüllungsort für die Leistungs- und Nacherfüllungspflichten des AN ist der Sitz des AG, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist.
- (6) Die Vertragssprache ist deutsch.
- (7) Sollte eine Bestimmung dieser Auftragsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte sich in diesen Auftragsbedingungen eine Lücke befinden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt diejenige wirksame oder durchführbare Bestimmung als vereinbart, die dem Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Im Falle einer Lücke gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach dem Zweck dieser Auftragsbedingungen vereinbart worden wäre, sofern die Vertragsparteien die Angelegenheit von vorne herein bedacht hätten.